

Über den Flughafen regt sich niemand mehr auf

Zum Artikel „Rückhalt für Limburger Bischof schwindet“ vom 15. Oktober:

Unsere Übermutter, unsere Überkanzlerin findet das Geschehen um Tebartz-van Elst also befremdlich. Da staune ich aber, sonst hebt sie zu jedem Thema erst wochenlang die Finger in die Luft, um zu sehen, woher der Wind weht, um sich dann zu positionieren, wenn alles gelaufen ist. Vielleicht müsste sie eher befremdliche Dinge in ihrer nächsten Umgebung wahrnehmen, den Berliner Flughafen zum Beispiel.

Mit den überbelegten Räumlichkeiten von Herrn Tebartz-van Elst ist sicherlich einiges im Argen, doch ist das eine kircheninterne Angelegenheit, wie ich meine. Nicht jedoch der Flughafen, dies ist keine befremdliche Sache, sondern in meinen Augen ein Fall für die Justiz, was unser Sonnenkönig Wowerit samt Anhang da abliefern. Alle zerreißen sich jetzt das Maul über den Bischof, unsere Gutmenschen, die Experten, die ganz Gescheiten und nicht zuletzt ein großer Teil unserer Presse, früher für mich die wichtigste der „vier“ Gewalten. Aber über Steuergelder in Milliardenhöhe, die in den Sand gesetzt werden, über richtig viel verschwendetes Geld, euer Geld, liebe Bürgerinnen und Bürger, regt sich niemand mehr auf, ganz zu schweigen von den Menschen, die durch den „Nicht-Bau“ des Flughafens um ihre Existenz bangen, oder dem Schaden, den unsere Republik in der Welt durch diesen Mist in Berlin genommen hat.

Es gäbe noch viel mehr Beispiele, ein Blick in das Schwarzbuch des Bunds der Steuerzahler würde reichen. Traurig, was hier abgeht.

Thomas Schiekofer
84061 Ergoldsbach

Limburger Kirchenvolk ist zu Recht erbost

Zum Bischof von Limburg:

Gegenwärtig füllt der Bauskandal um die Bischofsresidenz in Limburg die Titelseiten der Printmedien und ist Gegenstand der Nachrichten in Rundfunk und Fernsehen. Dass nach dem Großstadtlughafen, der Elbphilharmonie und dem Stuttgarter Tiefbahnhof nun auch eine Bischofsresidenz als Skandalobjekt betroffen ist, ist bei der Seriosität der Kirche schon verwunderlich, und die Erregung der Gläubigen ist verständlich und leider mit Kirchenaustritten verbunden.

Nun hat nicht nur das Baumanagement, sondern auch die innerkirchliche Krisenbewältigung versagt. Der gläubige Christ begreift nicht, warum sich Kardinal Meisner, Bischof Zollitsch und Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst bei der Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten nicht zu einem Dreierge-

spräch an einen Tisch setzten, um die Probleme intern zu bereinigen, ehe diese immensen Kostenüberschreitungen immer mehr aufkochen und zum Spielball der Medien wurden.

Das Limburger Kirchenvolk ist natürlich zu Recht erbost, hält eine Protestandacht und Fürbittgebete und sagt: „Jetzt schlägt's aber dreizehn“, was tatsächlich beim 12-Uhr-Schlagen verwirklicht wurde. Die Bischöfe Zollitsch und Tebartz-van Elst sind in Rom und bitten unseren Heiligen Vater um eine kirchenverträgliche Lösung. Ja, wie heißt es so schön: „Da Papa werd's scho richten.“ Als ob der sonst keine Sorgen hätte.

Rudolf Empl
84137 Vilsbiburg

In der Bankenkrise müssen Taten folgen

Zu den Banken:

Die Bundestagswahl ist vorbei und eine Partei hat es dabei besonders arg erwischt, die FDP. Waren diese Politiker doch jahrzehntlang die Verfechter der freien Marktwirtschaft. Die freien Marktkräfte schaffen optimalen Wohlstand, war ihre Devise, man darf nur nicht eingreifen. Wenn es so einfach wäre, dann hätte der Staat bei den ersten notleidenden Banken, der IKB und der Hypo Real Estate, nicht eingreifen dürfen, um mit Steuermilliarden deren Weiterbestehen zu sichern. Einfach pleitegehen lassen, der Markt wird's schon regeln, hätte konsequenterweise die FDP fordern müssen.

Auch die CSU hat in Bayern mit sagenhaften zehn Milliarden Euro die Bayerische Landesbank gerettet und hofft nun, dieses Geld wiederzubekommen. Ich glaube es nicht, denn außer der Landesbausparkasse und 38000 Wohnungen gibt es nichts mehr zu verkaufen. Dies wissen wir seit Langem und passiert ist gar nichts. Auch im Wahlkampf war dies kein Thema, obwohl ich es für ein sehr wichtiges halte, gerade wenn es um die Absicherung unseres Wohlstandes geht.

Es muss so schnell wie möglich ein Konzept entwickelt werden, um Banken in einer wirtschaftlichen Notlage kontrolliert abwickeln zu können. Eine strikte Bankenaufsicht sollte rechtzeitig vor Fehlentwicklungen warnen. Ich gehe sogar so weit, dass die Spekulationsgeschäfte strikt vom normalen Bankgeschäft getrennt werden müssen. Nach wie vor spekulieren unsere Großbanken auf Teufel komm raus, sie wissen ja, wenn es eng wird, springt der Steuerzahler schon ein. Eine Transaktionssteuer auf Finanzgeschäfte würde weniger den kleinen Sparer belasten, dafür viel mehr den von den Banken betriebenen Computerhandel an den Börsen.

Ich bin gespannt, welche Rolle bei den Koalitionsverhandlungen das Thema Bankenkrise spielen wird und ob endlich einmal Taten seitens der neuen Regierung folgen werden. Über die Einnahmen aus einer Transaktionssteuer müsste jeder neue Finanzminister dankbar sein, zahlen doch diejenigen diese Steuer, die sie sich leisten können, im Gegensatz zum Beispiel zu der ungerichten Mehrwertsteuer.

Alfred Wiesner
84184 Tiefenbach

Wir brauchen klare Regeln zur Einwanderung

Zur Flüchtlingsdebatte:

Jeden Tag gibt es andere schockierende Bilder in den Medien: Kindersoldaten, Menschen vorm Verhungern, Sklavenarbeit überall, zusammenbrechende Mehrstockwerk-Fabriken, nun gesunkene Schiffe voller Leichen aus afrikanischen Ländern – „Glücksritter“, verschleppt von skrupellosen bezahlten Verbrechern.

Zunächst möchte ich einmal bemerken, Innenminister Friedrich hat vollkommen recht mit seiner

Forderung, den Verbrechern, welche die Situation einiger Landesflüchtlinge auszunutzen, schnellstens das kriminelle Handwerk zu legen. Darüber hinaus gehören Wirtschaftsflüchtlinge ohne Ausnahme sofort zurückgeschickt. Dass man Ertrinkende aus dem Wasser zieht, ist ein überall anerkannter normaler Hilfsakt. Ansonsten brauchen wir klare Regelungen zur Einwanderung wie Kanada, Australien und die USA. Das ist seit Jahrzehnten bekannt. Und wir benötigen eine effektive Grenzkontrolle! Nicht nur gegen den afrikanischen Kontinent, auch innerhalb Europas.

Sämtliche politischen Entwicklungshilfen für die afrikanischen Länder waren bisher unwirksam und gingen an die falschen Adressaten. Es ist sinnvoller, den Heimatflüchtigen – nicht den Einwanderern – solche Tragödien wie Lampedusa und weitere Schiffsuntergänge mit den unzähligen Toten drastisch vor Augen zu halten, anstatt uns ein schlechtes Gewissen einreden zu wollen. Es ist deren Fehler, nicht unsere Schuld!

Prof. Dr. Reinhold Kiehl
94315 Straubing

Eine politische Utopie von Grünen und SPD

Zur Zuwanderung:

Utopien sind in der Regel unerfüllbare Hoffnungen und Wünsche, die jemand trotzdem für realisierbar hält oder auch gegen eigene Zweifel für erreichbar bezeichnet. In diese Kategorie muss man wohl auch Erwartungen von Grünen und SPD-Parteifunktionären einordnen, die derzeit mit Eifer und Solidaritätsbekundungen die quasi unbegrenzte Zuwanderung von Menschen aus fremden Kulturkreisen befürworten, in der Erwartung, damit ihr künftiges Wählerreservoir vergrößern zu können.

In Wirklichkeit werden die jetzt schon eigene Gesellschaften bildenden „Neubürger“ zunächst auf kommunaler Ebene und später landesweit eigenständige Parteien gründen und eigene Abgeordnete wählen. Eine prozentuale Stärkung der Altparteien durch Förderung von willkürlicher Zuwanderung ist auf längere Sicht gesehen eine echte Utopie und zudem gesellschaftspolitisch äußerst riskant. Da sollten sich die künftigen Regierungsparteien ganz genau überlegen, welche Marschroute sie diesbezüglich in ihrem Koalitionsvertrag vereinbaren!

Ludwig Kriegl
94428 Eichendorf

Arbeit wird knapper, flexibler und wertvoller

Zur Arbeitswelt:

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands in einer multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Der demografische Wandel, der qualitative Wachstums- und Innovationsfortschritt werden Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt grundlegend umstrukturieren. Arbeit wird knapper, mobiler, flexibler, wertvoller. Das erfordert, am Arbeitsmarkt Strukturen zu gestalten, die es dem Einzelnen besser erlauben, seine individuelle Work-Life-Balance zu finden. Das wird ein Merkmal wohlhabender Staaten.

Arbeit verlagert sich branchenweit auf automatisierte, digitalisierte, computergesteuerte Prozessverläufe. Neue Berufe und Ausbildungen entstehen. Es verdichten sich Arbeitsabläufe mit erhöhtem Leistungsdruck. Weniger Ungelernte, mehr Fachkräfte sind gefragt. Der Mangel an Fachkräften kann zu Wachstums- und Wohlstandsverlusten führen, wenn nicht entscheidend gegengesteuert wird. Die Nachfrage nach systemorganisierenden, steuernden Führungskräften steigt enorm an.

Bildungszeit muss sich strukturell ändern, hin zu einer lebenslangen Weiterbildung. Wir werden mit

weniger, produktiver genutztem Arbeitsvermögen auskommen müssen. In Finanzdienstleistungen, in sozialen und medizinischen Einrichtungen werden zusätzliche Erwerbstätige benötigt. Die solide Basis der leistungsstarken Industrie muss erhalten bleiben. Die real verfügbare Lebensarbeitszeit wird möglicherweise steigen. Arbeitslosigkeit wird sinken. Eine Vollbeschäftigung ist in Aussicht. Die Sozialsysteme werden davon profitieren.

Arbeit wird zunehmend Wesensmerkmal der Persönlichkeitsentwicklung als Gewinn von Lebensqualität. Arbeit für wirtschaftlich Selbstständige muss anwachsen. Sinnvoll, aller Achtung wert, ist ehrenamtliche, hauswirtschaftliche Tätigkeit. Es gibt jedoch noch allzu viele Erwerbstätige, die unter ihrer Qualifikation tätig sind. Ein millionenfacher Import von Fachkräften aus dem Ausland zulasten von Wachstum und Wohlstand dieser Länder muss wohl erwogen werden, um die bestehenden Ungleichgewichte nicht zu verstärken.

Ergo: Die Modernität der würdevollen Arbeitswelt wird heute und morgen entschieden, ohne Zeitaufschub. Es gibt nichts Besseres, als von seiner Arbeit leben zu können.

Prof. Dr. Alfred Keck
84034 Landshut



TIGERDURST.

Ein gigantischer, aufgeblähter Monsterstaat

Zu den deutschen Parlamenten:

Seit den Wahlen im September werden die Sitze im bayerischen Landtag und im Bundestag neu besetzt. In Bayern sind es 180, im Bundestag 631 Sitze. Die Bundesrepublik besteht aus 16 Ländern. Die Gesamtbevölkerung liegt bei circa 81 Millionen. Der Bund verfügt über 14 Ministerien, das Land Bayern bringt es auf neun. Im Vergleich dazu hat Amerika 314 Millionen Einwohner mit 435 Abgeordneten und 100 Senatoren. Das Sagen haben die Senatoren, stimmt die Mehrheit mit 51 gegen ein Gesetz, so kann es nicht in Kraft treten. So wird in Amerika bei der fast vierfachen Einwohnerzahl das Land von 51 Senatoren regiert.

Wir haben also in der BRD einen gigantischen, aufgeblähten, überzogenen, überregulierten, überverwalteten und überreglementierten Monsterstaat. Eine Halbierung der Länder, der Abgeordneten im Bundestag, in den Landtagen, bei den Stadt-, Kreis- und Gemeindeparlamenten wäre ein gesunder Aderlass. Außerdem wurden unsere Parlamente in den letzten 50 Jahren zu einem elitären Club von Beamten

und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Es mangelt an einer strikten Regelung zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat. Es müsste gesetzlich geregelt werden, dass ein Beamter und Angestellter im öffentlichen Dienst als Angehöriger der Exekutive nicht Abgeordneter in einem legislativen Parlament sein darf. Überwiegend Beamte und nur akademische Parlamentarier regieren zuweilen an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Ich wünschte mir in den Parlamenten mehr Arbeiter, Handwerker, Mittelständler und Freiberufler, womit der sprichwörtliche „gesunde Hausmannsverständnis“ gewährleistet wäre. Auf eine Änderung zu hoffen, ist wohl vergeblich, da diese von jenen Leuten getroffen werden müsste, die davon selbst betroffen sind.

Man kann aber auch umgekehrt verfahren und die Länder verdropeln. In Bayern ist bereits ein vorsichtiger Schritt gewagt worden, eine zweite Hauptstadt Nürnberg mit Heimatminister Söder wurde geschaffen. Aus dem Flächenstaat Bayern könnte man drei Bundesländer machen, Oberbayern, Franken und Niederbayern. Wollen doch die Franken ohnehin von München nichts wissen. Das wär doch was, nach dem Motto „mia san mia“. Dies auf die BRD übertragen, ergäbe einen deutsch-europäischen Superstaat.

Hermann Auer
83527 Haag

Erneuerbare Energien zu Unrecht am Pranger

Zum Artikel „Bürger müssen für die Energiewende mehr bezahlen“ vom 16. Oktober:

Von 2000 bis 2013 stieg die EEG-Umlage um 5,1 Cent/kWh. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Strompreis aber um 14,8 Cent/kWh. An den erneuerbaren Energien (EE) alleine kann es also nicht gelegen haben. Nun steigt die EEG-Umlage 2014 nochmals um knapp einen Cent auf 6,24 Cent/kWh. Die reinen Förderkosten für Wind, Sonne und Co. betragen davon lediglich 0,15 Cent/kWh. Woher kommt der Rest?

Der Löwenanteil der Steigerung geht auf Ursachen zurück, die nicht mit dem Bau von neuen EE-Anlagen zusammenhängen: sinkende Preise an der Strombörse und eine massive Ausweitung von Industriepreilegien. Rund ein Fünftel des gesamten deutschen Stromverbrauchs ist mittlerweile von der Umlage ausgenommen. Das heißt, viele stromintensive Unternehmen bleiben von der Umlage verschont, entsprechend mehr müssen die übrigen Stromkunden mittragen. Aufgrund des vielen Ökostroms sind die Preise an der Strombörse deutlich gesunken. Die Differenz zwischen Börsenpreis und Einspeisevergütung wird auf die Stromkunden umgelegt. Das heißt, im selben Maße, wie die Strompreise an der Börse sinken, steigt die EEG-Umlage. Strom wird also teurer, obwohl sein Börsenpreis fällt. Paradox!

Laut Pressemeldung hat ein Durchschnittshaushalt im nächsten Jahr für die Ökostromförderung mit Mehrkosten von etwa 34 Euro zu rechnen. Dieser Betrag ist jedoch rein theoretisch, denn nimmt man die gestiegene EEG-Umlage und den gesunkenen Börsenstrompreis zusammen, so liegt der Preis für eine Kilowattstunde 2014 sogar niedriger als 2013. Eine Strompreiserhöhung lässt sich dadurch also nicht begründen.

Die EE sind die Billigmacher der Zukunft. Ohne ihren Beitrag würden sich die Energiekosten unakzeptabel entwickeln und ein wirksamer Klimaschutz total auf der Strecke bleiben. Mit den EE stehen die Falschen am Pranger und die Politik schaut größtenteils untätig zu. Soll die Energiewende gelingen, muss sie aktiv gestaltet und darf nicht schlechtgeredet werden. Sie hat für unsere Zukunft einen äußerst hohen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzen.

Hans Stanglmaier
85368 Moosburg

Leserbriefe sollen kurz und prägnant gehalten und sachlich sein. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Die Meinung der Verfasser ist frei und spiegelt nicht die Meinung der Redaktion. Geben Sie immer den Artikel samt Erscheinungsdatum oder den Themenbereich an, auf den sich Ihr Brief bezieht. Zudem benötigen wir Ihre Adresse und für Nachfragen Ihre Telefonnummer. Der Verfasser hat keinen Rechtsanspruch auf Abdruck seiner Zuschrift. Die Redaktion hat die inhaltlichen Aussagen nicht überprüft. Diese liegen in der Verantwortung des Autors. Zuschriften von Parteien und Verbänden werden auf der Seite „Politische Leserbriefe“ nicht abgedruckt, da diese über andere Möglichkeiten verfügen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden.